

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Versammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Ferienverhandlungen wieder verschleppt!

Nach dem Beschluß des Haupttarifamtes vom 3. März sollte die Ferienfrage im Baugewerbe auf einer gemeinsamen Sitzung der Haupttarifämter für das Hoch- und Tiefbaugewerbe am 16. Juni endgültig geregelt werden. Bekanntlich hatte der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe schon am 3. März erklärt, daß er vor der Beseitigung unseres „Tarifbruches“ einer Entscheidung in der Ferienfrage sich widersetzen würde. Den „Tarifbruch“ sieht er darin, daß nach der protokollarischen Erklärung V des Hochbauvertrages im Falle der Nichteinigung der Parteien das Haupttarifamt eine Entscheidung fällen soll, während es in der entsprechenden Bestimmung des Tiefbauvertrages heißt, das Haupttarifamt solle eine Einigung versuchen. Dabei steht fest, daß diese unterschiedliche Fassung keineswegs der Absicht der Vertragsschließenden entspricht. Wie das Wort „Einigung“ in den Tiefbauvertrag hineingekommen ist, ist auch heute noch völlig unklar.

Es war am 3. März bereits völlig klar, daß in der Ferienfrage seitens der Arbeitgeber eine glatte Verschleppungspolitik getrieben wurde, um sich nach Möglichkeit unseren Forderungen zu entziehen und wenigstens für das laufende Jahr die Bauarbeiterferien zu verhindern. Es bedeutete an die Arbeiterschaft doch schon eine gewaltige Zumutung, sich immer wieder und wieder auf spätere Verhandlungen vertrusten zu lassen, um dann feststellen zu müssen, daß es den Arbeitgebern mit einer Regelung gar nicht ernst ist.

Bei den Verhandlungen am 16. und 17. Juni gedachten die Arbeitgeber — von denen man doch hätte annehmen sollen, daß sie inzwischen zur Vernunft gekommen wären, wo sie unsere Entschlossenheit in der Ferienfrage kannten — ihre alte Verschleppungspolitik weiter fortzusetzen. Alle Vorbereitungen dazu waren bestens getroffen: Der Tiefbauarbeiterverband war überhaupt nicht erschienen, mit der Begründung, ihre Generalversammlung fände erst am 30. Juni statt, und vorher wären sie überhaupt nicht in der Lage, sich irgendwie festzulegen; der Arbeitgeberbund erklärt, solange der „Tarifbruch“ nicht beseitigt ist, würde er grundsätzlich nicht verhandeln. Der Syndikus des Tiefbauarbeiterverbandes Dr. Reddewitz, der „zur Auskunfterteilung“ erschienen war, erklärt auf Nachfrage durch Kollegen Wiebeberg, daß er sich zu der Frage, wie denn das Wort „Einigung“ laut „Entscheidung“ in den Vertrag hineingekommen sei, nicht äußern könnte, „da er das Material nicht zur Stelle habe.“ Kollege Wiebeberg wies nämlich an Hand der Akten klar nach, daß bei dem Abschluß des Tiefbauvertrages in Düsseldorf der Redaktionskommission seitens des Tiefbauarbeiterverbandes ein Exemplar des Tarifvertrages für das Baugewerbe vorgelegt worden ist, das von den Arbeitgebern als authentisch bezeichnet wurde. Das war es auch, aber mit Ausnahme des Wortes „Einigung“. Kollege Wiebeberg führte das auf einen „Schreibfehler des Schreibmaschinenfräuleins“ zurück und betonte, daß man diesem Versehen doch unbedingt dadurch Rechnung tragen müsse, daß man den Fehler nachträglich korrigiere. Doch davon will man nichts wissen, gibt es einem ja die sehr angenehme Möglichkeit, die Ferienfrage auf eine sehr bequeme Weise zu verschleppen. Dazu wollen wir unsere Hand nicht bieten, und so beantragen wir über die Ferienfrage auch ohne den Tiefbau zu verhandeln. Die Unternehmer weigern sich; die Unparteiischen ziehen sich zur Beratung zurück. Bisher war noch alles in äußerlicher Ruhe konstatieren gegangen. Doch eine verhaltene Erregung macht sich jetzt auf beiden Seiten bemerkbar. Man fühlt, hier geht es hart auf hart.

Die unten abgedruckte Erklärung der Unparteiischen, die den Arbeitgebern das Recht abspricht, sich den Pflichten des Vertrages zu entziehen, bringt die Hochspannung zur Entladung: Herr Behrens

springt auf und ruft in höchster Erregung: „Wenn Sie Tarifbruch sanktionieren wollen, dann tun Sie es!“ Er und seine Mannen ergreifen ihre Hüte und verlassen mit drohenden Schritten den Saal, nicht ohne noch dem geschäftsführenden Unparteiischen, der vergänglich in dem allgemeinen Lärm um Gehör bittet und auf die Folgen hinweist, ein abweisendes Nein! Nein! Nein! hinzurufen. — Allein auf weiter Flur sitzen jetzt die Unparteiischen und die Arbeitnehmer, nur Herr Dr. Reddewitz konstatiert mit Vergnügen, daß er noch da ist, — aber nur „zur Auskunfterteilung“! Schluß des 1. Akt.

Am nächsten Morgen beginnt der 2. Akt. Die Sitzung war einberufen, nicht wie am ersten Tage für die Tarifämter des Hoch- und Tiefbau, sondern allein für das Hochbaugewerbe. Auf der Tagesordnung stand die Erledigung einer Reihe von Streitigkeiten, fast alles vom Arbeitgeberbund beantragt. Am ersten Tage hatten die Unternehmer durch ihren Ausmarsch die Verhandlung über das ihnen nicht genehme Thema verhindert, heute wollten sie schon weiterverhandeln. Um sich aber den Rücken freizuhalten, erklärten sie, man solle ja aus ihrer heutigen Teilnahme an den Verhandlungen nicht darauf schließen, daß sie von ihrem gestrigen Standpunkt abgekommen wären. Eine wirklich ausgezeichnete Taktik, die sich die Herren Arbeitgeber da zurechtgelegt hatten! Die Ferienfrage wird verschleppt bis zum St. Kimmertage, und wenn die Mittel dazu auch größte Angehörigkeiten sind, im übrigen aber will man alle die eigenen Interessen berührenden Fragen möglichst entscheiden lassen und so nach außen hin den Anschein erwecken, als ob im Haupttarifamt alles in Ordnung wäre.

Da aber können wir unter keinen Umständen mitmachen. Uns fällt es gar nicht ein, über irgendwelche unbedeutenden Fragen uns mit den Unternehmern auseinanderzusetzen, und die gegenwärtig wichtigste Frage wird nicht erledigt. Ein weiteres Verhandeln nach unserer Brückierung am ersten Verhandlungstage hätte nicht nur ein gemühtliches Einsehen der uns von den Arbeitgebern verletzten Mauthelle bedeutet, sondern darüber hinaus noch eine arge Gefährdung der Autorität des ganzen Haupttarifamtes. Dementsprechend verweigerten wir weitere Verhandlungen, bevor nicht die Ferienfrage endgültig geklärt ist.

Die nächste Tagung — und zwar möglichst gemeinsam für Hoch- und Tiefbau ist für den 12. Juli anberaumt worden; die Ferienfrage wird an erster Stelle stehen, vor deren Erledigung, haben wir erklärt, treten wir in keinerlei weitere Verhandlungen ein.

Was an uns liegt, das ist zur Regelung dieser uns tiefst berührenden Frage getan worden. Wir sind jetzt entschlossen, nicht eher locker zu lassen, bis wir unser Ziel erreicht haben. Die Absicht der Unternehmer scheint jedoch dahin zu gehen, nicht das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Wir und alle die Kollegen im Lande draußen wissen jetzt, worum es geht, wir werden uns danach verhalten müssen!

Rachstehend die ausführlichen Berichte:

Gemeinsame Tagung der Haupttarifämter für das Bau- u. Tiefbaugewerbe am 16. Juni 1921

Anwesend: Als Unparteiische: Geheimrat Behn, Magistratsrat Dr. Schahorn, Rechtsanwalt Dr. Jahn, Als Repräsentant der Arbeitnehmer: Wiebeberg, Schulte vom Zentralverband christl. Bauarbeiter; Behrendt, Silbermann vom Deutschen Bauarbeiterverband; Gde. Schumann von den Zimmerern; Rückstuhl von den Maschinisten und Heizern. Repräsentant der Arbeitgeber: Behrens, Dr. Fröhner, Krehschmar, Geuer, Fiedler, Stroug. Zur Aus-

Die christlichen Gewerkschaften zur Lohn- u. Preisentwicklung

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften besaßte sich am 13. Juni in Köln mit den von Arbeitgeberverbänden noch in letzter Zeit versandten Rundschreiben, in denen der Lohnabbau hingestellt und den Arbeitgebern ein dementsprechendes Vorgehen empfohlen wird. Der Inhalt dieser Rundschreiben hat eine starke Erregung und Beunruhigung der Arbeiterschaft bewirkt. Der Vorstand des Gesamtverbandes wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den Arbeitgeberverbänden propagierte Absicht. Tatsache ist, daß dem Sinken einiger Preise ein noch größeres Steigen für andere Verbrauchsartikel gegenübersteht. Hinzu kommt, daß — nach ausdrücklichen Erklärungen der Regierung im Reichswirtschaftsrat — die Inlandspreise den Weltmarktpreisen immer mehr angepaßt werden, daß ferner zugegebenermaßen die Kosten der Lebenshaltung, insbesondere für die arbeitende Bevölkerung wesentlich steigen und daher Lohn- und Gehaltsaufbesserungen notwendig werden. Schon heute ist die Lage vieler Arbeiterkreise außerordentlich drückend. Um so mehr glaubt der Vorstand des Gesamtverbandes sich gegen ein Vorgehen von Arbeitgeberseite wenden zu müssen, welches unübersehbare Konsequenzen für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens im Gefolge haben muß.

Auskunfterteilung: Dr. Reddewitz (Reichsverb. d. Tiefbaues), Bohl (Feuerungs- und Schornsteinbau).

Der Vorsitzende gab eine Übersicht über die Verhandlungen, die bezüglich der Ferienfrage vor dem Haupttarifamt und zwischen den Parteien geführt worden sind und verwies auf die letzten Vorschläge, die seitens der Arbeitnehmerverbände zur Regelung der Frage gemacht worden waren.

Der Vertreter des Reichsverbandes des deutschen Tiefbaugewerbes erklärte, daß sein Verband sich nicht an der gemeinsamen Tagung beteiligen könnte, da die Hauptversammlung des Verbandes erst am 30. Juni 1921 stattfände. Nach der früheren Verabredung unter den Parteien sollte die gemeinsame Sitzung aber erst nach Tagung der Hauptversammlungen aller beteiligten Verbände einberufen werden. — Der Vorsitzende erklärte hierauf, daß der 16. Juni 1921 seinerzeit als Tag der gemeinsamen Sitzung angelegt worden wäre, da bis zu diesem Zeitpunkte alle Generalversammlungen tagen konnten. Er wäre infolgedessen verpflichtet gewesen, die Sitzung einzuberufen. Außerdem könnte es der Sache nur förderlich sein, wenn der Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes bereits einen Vorschlag der Unparteiischen seiner Hauptversammlung vorlegen könnte.

Der Vertreter des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe erklärte, daß er eine Entscheidung des Haupttarifamtes gemäß seinem früheren Standpunkte nur anerkennen könnte, wenn der „Tarifbruch“, den die Arbeitnehmerverbände beim Abschluß des Reichstarifvertrages für das Tiefbaugewerbe begangen haben, beseitigt wäre. — Die Vertreter der Arbeitnehmerverbände versuchten nochmals nachzuweisen, daß die unterschiedliche Fassung der protokollarischen Erklärungen bezüglich der Ferienfrage in den beiden Reichstarifverträgen lediglich auf ein Versehen zurückzuführen wäre und beantragten infolgedessen Entscheidung über die Ferienfrage im Hochbaugewerbe und für das Tiefbaugewerbe, zunächst eine Entscheidung darüber, wie der

Wortlaut der protokolllarischen Erklärung zum Reichstaxif-
vertrage für das Tiefbaugewerbe zu lauten habe

Nach Sonderberatung gaben die Unparteilichen fol-
gende Erklärungen ab:

1. für das Tiefbaugewerbe:

„Die 3 Unparteilichen des Haupttarifamtes für
das Tiefbaugewerbe sind der Meinung, daß eine Ent-
scheidung in der Ferienfrage nach dem Wortlaut des
Tarifvertrages nicht verlangt werden kann. In der
Wortlaut unrichtig ist — wie die Arbeitnehmer aus-
gesprochen haben — barriere hat das Haupttarifamt nicht
zu entscheiden. Nach § 9 Abs. 2 des Reichstaxif-
vertrages für das Tiefbaugewerbe hat das Haupttarifamt
nur die Auslegung des Vertrages betreffende Entsch-
cheidungen zu fällen.“

2. für das Baugewerbe:

„Die 3 Unparteilichen des Haupt-
tarifamtes für das Baugewerbe erklären
den Standpunkt der Arbeitgeber, eine
Entscheidung des Haupttarifamtes in der
Ferienfrage nicht anerkennen zu wollen,
für nicht berechtigt. Die behauptete Ver-
tragsverletzung der Arbeitnehmer gibt
den Arbeitgebern nicht das Recht, sich
ihrerseits den Pflichten des Vertrages,
der trotz Kenntnis der Vertragsver-
letzung weder angefochten noch gekündigt,
sondern trotzdem von beiden Seiten als
verbindlich behandelt ist, zu entziehen.“

Hierauf erklärten die Vertreter des deutschen Arbeit-
geberbundes für das Baugewerbe, daß sie sich unter diesen
Umständen an weiteren Verhandlungen nicht beteiligen
können und verließen den Sitzungssaal.
Der Vorsitzende schloß daraufhin die Verhandlungen.

Tagung des Haupttarifamtes für das
Baugewerbe am 17. Juni 1921

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Ver-
treter des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Bau-
gewerbe folgende Erklärung ab:

„Die Arbeitgebervertreter des Haupttarifamtes für
das Baugewerbe erklären unter Bezugnahme auf das in
seinem gestern von den Herren Unparteilichen gemachten
Vorschlag enthaltene Mißverständnis, daß durch ihre An-
wesenheit an der heutigen Haupttarifamt-Sitzung nicht
geschloffen werden darf, daß der Deutsche Arbeitgeberbund
für das Baugewerbe sich mit der Vertragsverletzung durch
die Bauarbeiterverbände, die in der Gewährung günstigerer
Bedingungen an den Reichsverband des Tiefbaugewerbes
Nicht, abgefunden habe. Die Vertragsverletzung wird nach
wie vor entschieden angefochten. Der gestrige Protest gegen
die Erklärung der Unparteilichen wird im übrigen von
uns heute noch schriftlich übergeben werden.“

Demgegenüber stellen nach einer Sonderberatung die
Arbeitnehmervertreter folgendes fest:

„Die Arbeitervertreter im Haupt-
tarifamt für das Baugewerbe erklären:
Da die Arbeitgeberverbände gestern die
Erledigung der seit langer Zeit schweben-
den Ferienfrage durch ihr Davonlaufen
verhindert haben, können wir aber bei
anderen Punkten der heutigen Tagesord-

nung erst dann verhandeln, wenn die
Ferienfrage nach den Bestimmungen des
Reichstaxifvertrages für das Baugewerbe
erledigt ist. Falls die Arbeitgeberver-
treter nicht gewillt sind, heute über die
Ferienfrage zu verhandeln, beantragen
wir die Übertragung einer baldigen
neuen Sitzung des Haupttarifamtes und
endgültige Entscheidung der Ferienfrage
als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu
setzen.“

Nach längerer Beratung verließen die Arbeit-
geber:

„Wir erklären und bereit, über die heutige Tages-
ordnung zu verhandeln und nehmen jede Verantwortung
für die Folgen ab, die sich daraus ergeben, daß die Ar-
beitnehmer die Beteiligung an der heutigen Verhand-
lung verweigern. Was die Ferienfrage anlangt, erklären
wir wiederum, daß ihre Erledigung nur eine einheitliche
für das gesamte Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe sein
kann, und daß darüber vereinbarungsgemäß in den ver-
einigten Haupttarifämtern für das Hoch- und Tiefbau-
gewerbe verhandelt werden soll. — Wegen Abwesenheit
des Vertreters des Deutschen Tiefbauverbandes muß mit
Rücksicht auf die gestern von diesem Verband abgegebene
Erklärung die Verhandlung über die Ferienfrage heute
unmöglich. Im übrigen nehmen wir Bezug auf die Er-
klärung, die wir heute dem Haupttarifamt übergeben
haben.“

Folgende Antwort der Arbeitnehmerver-
treter wurde nach einer weiteren Sonderberatung mit-
geteilt:

„Die Arbeitervertreter sind in Über-
einstimmung mit der Erklärung der Herren
Unparteilichen vom 16. Juni der Ansicht,
daß die Erledigung der Ferienfrage durch
das Haupttarifamt für das Baugewerbe
zu erfolgen hat. Gegenüber der soeben ab-
gegebenen Erklärung der Arbeitgeber
weisen wir darauf hin, daß auch gestern in
Abwesenheit der Vertreter des Reichsver-
bandes für das deutsche Tiefbaugewerbe
über die Ferienfrage verhandelt worden
ist. Wir müssen daher an unserer heute ab-
gegebenen Erklärung festhalten. Entfallen
durch die Nichterledigung der Tagesord-
nung Folgen, so lehnen wir die Verantwor-
tung dafür ab, die allein der Deutsche Ar-
beitgeberbund für das Baugewerbe trägt.“

Sonderberatungen der Herren Unparteilichen mit den
Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer führten
jedoch zu dem Ergebnis, daß am 12. Juli eine ge-
meinsame Tagung der Tarifämter für das
Hoch- und Tiefbaugewerbe stattfinden soll, bei
der an 1. Stelle die Ferienfrage zur Verhand-
lung steht.

Deutschlands finanzielle
Rüstung vor dem Weltkrieg.

Der Hauptvorwurf, den die Entente immer
wieder gegen uns schleudert und mit dem sie unsere
Verfassung zu rechtfertigen beliebt, ist die Behauptung,

Deutschland solle der Welt den Frieden
bewahren, Deutschland solle die Welt
darauf gründen, einen Krieg, den man zu vermeiden
wird, und die letzten Jahre des Weltkrieges
sind, wo die weichen Plätze des Lebens zu
haben sind. Trotzdem ist es aber immer wieder
möglich, an Hand von Einzelheiten zu zeigen, wie
wenig Deutschland in Weltlichkeit auf diesen unge-
heuren Weltkrieg vorbereitet war, was besser, als
alles andere die Pattsituation der feindlichen Verleum-
dungen zeigt.

Finanziell und wirtschaftlich stand Deutschland
lange Zeit absolut ungerüstet da. Erst die wieder-
holten Marokkokrises, die die Möglichkeit eines Krieges
in bedrohliche Nähe riefen, veranlaßten es, nach
dieser Seite hin Vorkehrungen zu treffen, um ein-
tretendenfalls nicht gänzlich ungerüstet zu sein. Als
infolge der Entsendung des Kanonenbootes „Panther“
nach Agadir im Jahre 1911 die Kriegsgefahr aufs
höchste stieg, berief der Kaiser eine Reihe führender
Leute des deutschen Wirtschafts- und Handelslebens
zu sich in das Berliner Schloss und legte ihnen die
Frage vor, ob unsere finanzielle und wirtschaftliche
Lage einen Krieg überhaupt gestattete. Das einstim-
mige Urteil lautete verneinend, und erst seit dieser
Zeit schenkte man dem Problem der finanziellen
Kriegsvorbereitung etwache Aufmerksamkeit. Eine
Reihe von Schriften erschienen, die diese Frage her
deutschen Kriegsbereitschaft näher behandelten: Man
ging hierbei meist von dem Vorbild des Deutsch-Fran-
zösischen Krieges aus, bei dem auf deutscher Seite
zirka 1 1/2 Millionen Menschen gedankt hatten und
der etwa 1 1/2 Milliarden Mark Kriegskosten verur-
sacht hatte. Demgegenüber hatte der Burenkrieg den
Engländern, die zirka 350 000 Mann auf die Beine
gebracht hatten, etwa 4,3 Milliarden Mark, der Rus-
sisch-Japanische Krieg den Russen 5 und den Japanern
4 Milliarden Mark gekostet.

Man rechnete nun, daß Deutschland höchstens
3 Millionen Mann aufstellen könnte und daß die
Kosten einer einjährigen Kriegsführung zirka 6 1/2 Mil-
liarden Mark betragen würden. Berücksichtigte man
dabei noch zirka 2 Milliarden Mark ortsentfremdeter Aus-
gaben jährlich, so mußte es möglich sein, die jährlichen
Ausgaben eines Krieges in Höhe von 8 1/2 Milliarden
fortlaufend aus dem deutschen Volkseinkommen zu be-
streiten, das man auf 20—25 Milliarden Mark — in
Wirklichkeit zu hoch — veranschlagt hatte. Man war
bei irrillmlichen Auffassung, es könnte einzig darauf
an, die unerschöpflichen Zahlungsmittel zu vermehren,
von der Bedeutung einer feindlichen Blockade, einer
Umstellung der deutschen Industrie von der Friedens-
auf die Kriegsfabrikation machte man sich überhaupt
keinen Begriff.

Ja, man war so naiv, zu glauben, daß die Eng-
länder in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen
Bestimmungen die von in Deutschland befindlichen
Reserven auf London ohne weiteres einlösen würden.
Es lag also eine ganz oberflächliche Betrachtung der
Dinge vor, eine Betrachtung allein vom Standpunkte
des Bankleiters, nicht die eines Wirtschaftspoli-
tikers.

Im Anschluß an diese theoretischen Erörterungen
traf man nun eine Reihe von Maßnahmen:
Zunächst wurde eine 20-Marknote geschaffen, um
diese an Stelle des Goldgeldes in Umlauf zu bringen
und dadurch Gold für den Tresor der Reichsbank
freizubekommen. Gleichzeitig wurde auf die Groß-
banken ein Druck ausgeübt, sich nicht zu sehr auf den

Zu dessen Herz die Kunst sich niedertief,
Der ist vom Sturm der rauhen Welt geschieden,
Der spürt sich, durchweilt von süßem Frieden,
In ew'gen Lenz ein süßes Paradies.

Jean Paul

Die Kunst dem Volke!

Rederei von Georg Rowottaid.

Liebe Kollegen!

Ihr habt gewiß schon alle sehr oft den Ruf
gehört: „Die Kunst dem Volke!“ Er ist ja modern,
und wer soll ihn da nicht vernommen haben? Was
heißt ihr euch aber dabei gedacht? Die meisten gewiß:
Was geht das uns an; wir haben für Kunst keine
Zeit, die ist für Nichtstuer und Krüche. Andere mein-
ten vielleicht, überhaupt auf den Ruf zu hören lohne
sich nicht, eben weil er modern ist. Und doch predil
hier auch mal in dem Modernen etwas Gutes.
Sagt einmal auf!

Haltet ihr nicht alle, wo immer ihr seid, auf
Ordnung und Keuschheit? Ist es dir gleich, ob du
Sonntags im guten oder alten Rock gehst, ob du
rausgehst oder nicht? Freust du dich nicht über ein
schönes gepflanztes Blumenbeet? Hast du nicht schon
gewacht, daß der eine Redner durch den Schwung
seiner Rede dich hinreißt, ein anderer, obwohl er
keine gute Gedanken hat, dich laut läßt? Hast
du nicht schon ein schönes Lied erhoben und begeistert?
Sagt ihr, da haben wir's. In alledem äußert

sich der Kunsttrieb des Menschen. Alle Menschen
sind ihm mehr oder weniger untertan, und mit
sonnt es nur darauf an, diese Natur- und Gottes-
gabe, die uns zu unserem Wohl verhelfen ist, aus-
zubilden.

Zu unserem Wohl, ja! Denn der Kunstgenuß
ist ein hohes Gut. Der Kunstgenuß hebt den Menschen
weit über den Stand des Alltags hinaus und verleiht
ihm in eine erhabene, für alles Gute empfängliche
Stimmung. Sein Gemüt empfängt die reinste
Freude und wird aufs glücklichste entwickelt. Deshalb
sucht man sich von allen Seiten der Kunst zu be-
mächtigen, um durch sie auf den Menschen einzu-
wirken: die Kirche, die Schule, der Staat, Gesell-
schaften, der Kaufmann gar in der Bekleidung, alles
arbeitet mit der Kunst.

Wer sich der Kunst entzieht, empfindet bald eine
geistige Leere in sich. Wer diese wieder füllt, ge-
winnt leicht einen Reiz. Merkt ihr nun, warum
die Sozialdemokratie in ihren Organisationen die
Kunst so pflegt, warum sie Gesangsvereine unterhält,
Dichtabend veranstaltet, Sonntagsfeste einrichtet
hat? Gewiß hatte sie es besonders nötig, da ihre
Mitglieder der Kirche, die doch noch immer Haupt-
trägerin der Volkskunst ist, und der Religion ent-
fremdet sind. So mußte sie zunächst einen Ersatz
bieten. Wir aber müssen trotzdem nach!

Ihr alle wißt, daß das Volk seine Rechte ge-
wöhnlich erst für sich erkämpfen muß.
Hier aber habt ihr mal die felttame Erscheinung,
daß der Arbeiter noch lange nicht das

ausruft, was ihm geboten wird. Wer von
euch kennt schon die urchtliche Kunst seines Heimat-
ortes ganz? Habt ihr die Bauformen, die Bilder,
die Skulpturen schon voll auf euch wirken lassen?
Wagt ihr dahin, wo ihr einmal einen schönen Ge-
sang hören könnt? Und habt ihr euch schon bemüht,
die künstlerischen Schönheiten des Volkstanzes zu
begreifen?

Wer ihr an größeren Orten wohnt, habt gewiß
auch Weizen in eurer Nähe. Sie gehören euch!
Geht hinein! Wer Freude am Gesange hat, trete
einem Verein bei! Und habt ihr noch nichts davon
gehört, daß ihr jetzt für billiges Geld euch den schönsten
Genuß im Theater verschaffen könnt? Der Volkstanz
volksbun und ist vor allem für die Gewerkschaftler da!
Eins aber vergeht mir gar nicht, das ist euer
Pein. Jawohl, das könnt ihr künstlerisch ausfallen,
ohne daß es einen Pfennig mehr kostet als ein ganz
geschmackloses. Warum nicht statt der häßlichen Bilder
schöne aus guten Geschäften? Einfache, aber geschmack-
volle Möbel, schlichtes aber schönes Spielzeug usw.
Man kann manchmal über so ein kleines Schmuck-
stückchen von Heim, wenn man hört, wie billig es
gekauft sei. Vor allem aber Ordnung und Keu-
schheit; dann bejude ich euch doppelt gern!

Die Kunst ist die irdische Schwester der Religion
die uns auch heiligt, und wenn wir ein Herz
haben, so zu vernehmen, daß wir werden wir er-
hoben und beseligt.

